

Brandt, Marion: Für eure und unsere Freiheit? Der Polnische Oktober und die Solidarność-Revolution in der Wahrnehmung von Schriftstellern aus der DDR. Berlin: Weidler-Buchverlag 2002, 612 Seiten, 48 Euro.

Zu Beginn der Irak-Krieges gab es einen Dissens unter den europäischen Staaten: Deutschland und Frankreich waren gegen den Krieg, Polen und Spanien unterstützten den Kurs der US-Regierung. Gegen Ende des Jahres 2003 wiederholte sich die Konstellation: Die deutsche und die französische Regierung konnten ihren Verfassungsentwurf für die Europäische Union nicht gegen Polen und Spanien durchsetzen. In beiden Fällen zeigte sich, wie dünn der Firnis der Aufklärung in den deutschen Medien ist: Jedes Mal kam eine kaum verhohlene Geringschätzung gegenüber den Polen zum Vorschein. Wer diese Geringschätzung und den Unabhängigkeitswillen Polens verstehen will, sollte das Buch von Marion Brandt lesen. Es bietet mehr, als der Titel verspricht. Zwar handelt es vom Oktober 1956, als sich in der polnischen kommunistischen Partei unter Gomulka für kurze Zeit Reformbestrebungen durchsetzten, zwar bringt es einen detailreichen Einblick in die große polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarność seit 1980 und deren Echo in den Literatenkreisen von DDR und BRD, aber es zieht zugleich die geschichtlichen Linien aus, die auch noch diese Auseinandersetzungen durchliefen.

Dies geschieht im ersten Teil des umfangreichen Bandes: „Voraussetzungen und Thesen“. Da ist zum einen die polnische Selbstbehauptung gegen das russische Reich, zunächst das der Zaren, die ihren Teil Polens nach der polnischen Teilung besonders rigoros unterdrückten. Die polnische Freiheitsbewegung traf auf große Sympathie in Deutschland, vor allem nach dem Aufstand von 1830/31; die Welle der Be-

geisterung schlug höher noch als nach dem Aufstand von 1794. Die polnischen Streiter galten überall in Europa als Vorkämpfer gegen die Tyrannei; auf dem Hambacher Fest der deutschen Demokraten 1832 wurden sie als Vorbilder gefeiert: „Vor der Zaren finsternem Angesicht beugt der freiheitsliebende Pole sich nicht.“ (S. 67) Das änderte sich nach der unterdrückten deutschen Revolution von 1848: Die deutsche Nationalbewegung geriet in einen Gegensatz zur polnischen Nationalbewegung. Die Polen galten hinfort als zurückgebliebene Schwärmer und fesche Romantiker. 1855 erschien der Roman *Soll und Haben* des nationalliberalen Schlesiers Gustav Freytag. Dort sind die Polen Barbaren, denen die braven Deutschen erst einmal Kultur beibringen müssen; das Schlagwort von der „polnischen (Miß-)Wirtschaft“ machte die Runde. Es ist bis heute in Gebrauch, auch wenn es mit der Realität nicht übereinstimmt.

Es lebte auch in der sich so fortschrittlich dünkenden DDR fort, sei es, daß die Funktionäre selbst an den überholten Klischees hingen, sei es, daß sie diese gezielt einsetzten, um die polnischen Freiheitsbewegungen in der Bevölkerung zu diskreditieren, die auf die alten Klischees ansprach. Heinrich Böll hat sich in einer schönen Rede zur Verleihung des Übersetzerpreises der Robert Bosch Stiftung an Teresa Rządowska 1983 daran erinnert, daß schon die preußische Regierung die Vorurteile gegen die katholischen Rheinländer kolportierte, die gegen die Polen seitdem ebenfalls benutzt würden: „verkommen, unzuverlässig, faul und katholisch“. (S. 56) Dieses Katholische ist es nicht zuletzt, was die Rheinländer mit den Polen einte, und dieses Katholische ist es denn auch, das bei gutwilligen Literaten immer wieder gegen die Polen vorgebracht wird: Die sind eben zurückgeblieben. Daß eine Freiheitsbewegung, eine Bewegung für Demokratie und Menschen-

rechte, katholisch sein kann, ohne daß dies ihr Abbruch tut, will den aufgeklärten Literaten, die eben auch ihre Vorurteile haben – nicht gegen Juden, aber gegen Katholiken –, nicht in den Kopf.

Auf dieser Basis, kurz gesagt, kommt es denn auch zu den Urteilen über den polnischen Oktober und die Gewerkschaft *Solidarność* in West- wie Ostdeutschland, im Osten natürlich noch verbrämt durch die Dichotomien, mit denen die SED der Komplexität der Welt Herr zu werden versuchte: sowjetisch versus antisowjetisch, sozialistisch versus antisozialistisch, faschistisch versus antifaschistisch usw. Es verblüfft immer wieder, wie schlicht die Begrifflichkeit war, mit der die Partei-Funktionäre die soziale und politische Situation zu beschreiben versuchten; Marion Brandt bringt Zitate von den einstigen Größen der DDR.

Die Leistung ihrer immensen Arbeit – die genaue Kenntnis der Quellen und Dokumente, der deutschen und der polnischen Situation (und Sprache) erstaunt immer wieder – ist zunächst einmal die gründliche Darstellung der beiden geschichtlichen Ereignisse und deren Auswirkungen auf das Kulturleben der DDR, das ja immer ein politisches, genauer: parteipolitisches war. Also ein gründliches Buch über diese beiden Ereignisse. Es ist verblüffend, zu sehen, wie sehr die Kulturpolitik der DDR von Polen abhängig war; sicher, hier wird gerade auf diese Abhängigkeit der Blick gerichtet, aber anderes – die ungarische Revolution von 1956 – wird nicht vernachlässigt. Es zeigt dem deutschen Leser, der allzu sehr die deutsch-deutschen Beziehungen im Blick hat, wie sehr die Politik der DDR nicht nur auf die Verhältnisse in Westdeutschland reagierte, sondern auch auf die in Polen; insofern kann man fast sagen: Die DDR-Kulturpolitik war streckenweise nichts anderes als eine Reaktion auf die polnische Kulturpolitik.

Im Donnerstagskreis von Fritz J. Radatz, den er im Kulturbund 1956 versammelte, sah die SED natürlich einen deutschen Petöfi-Klub, aber zugleich auch eine deutsche Ausgabe der polnischen Intellektuellen- und Studentenzirkel, welche die Reform von 1956 vorbereiteten. In der Zeitschrift *Sonntag* sah sie eine Nachahmung der polnischen Zeitschriften, die 1956 hohe Auflagen erreichten. Die SED schlug zu, weil sie polnische Verhältnisse fürchtete. So wurden Harich, Janka und Just verhaftet, nicht nur wegen angeblicher Verbindungen zu Ungarn, sondern auch zu Polen. Ernst Bloch, der sich lobend über die polnischen Reformen 1956 äußerte, verlor auch deshalb seinen Lehrstuhl.

Besonders bemerkenswert, daß die SED in Übereinstimmung mit ihren sowjetischen Vorgesetzten 1956 die Oder-Neiße-Grenze nicht für endgültig hielt. Wolfgang Harich schlug eine Revision vor, sicher in Übereinstimmung mit hohen Genossen. Und die Sowjets freuten sich, auf diese Weise die polnischen Genossen unter Druck setzen zu können. (S. 157 ff.) Die *Solidarność*-Bewegung ab 1980 ist ohne Beispiel in einem der Moskauer Satelliten-Staaten; sie gibt Polen sein besonderes Gepräge. Hier zeigte sich die Freiheitsliebe in einem außerordentlichen Maße: Es waren fast zehn Millionen Menschen Mitglied dieser Gewerkschaft, also etwa ein Viertel der Bevölkerung. Zum Vergleich: Die Charte 77 der tschechischen Bürgerrechtler wurde von zirka 500 Menschen unterzeichnet, also etwa von 0,0001 Prozent der Bevölkerung. Marion Brandt zeigt die stürmische Entwicklung der *Solidarność*, die eigene Zeitungen, Zeitschriften und Bücher herausbrachte und auch vom Kriegsrecht nicht ungeschehen gemacht werden konnte, bei aller brutalen Repression der Polizei und des Militärs.

Die Sympathie für Polen war unter den Bürgerrechtlern der DDR groß, es gab

vielfältige Verbindungen; Marion Brandt entreißt sie dem Vergessen. Dem Vergessen entreißt sie auch manch schätzbare Äußerung von westdeutschen Schriftstellern wie etwa Peter Rühmkorf, dessen politische Kommentare entlang der Parteilinie auch einmal einer Untersuchung wert wären, oder Erasmus Schöfer, von Bernt Engelmann zu schweigen. Die polnische Spaltung des bundesdeutschen Schriftstellerverbandes wird hier noch einmal mit neuen Details nachgezeichnet. Insofern wird der Band *Verfeindete Einzelgänger* von Renate Chotjewitz-Häfner und Carsten Gansel ergänzt, nicht zuletzt ergänzt um seine polnische Hälfte.

Das Buch von Marion Brandt macht deutlich, was die Polen in die EU mitbringen: die Erfahrung mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, gegen die sie sich mit ihrem Freiheitswillen behauptet haben. Sie sind eine wertvolle Bereicherung der Europäischen Union, die von bürokratischer Routine dominiert wird.

Hans Dieter Zimmermann

Sergej Shurawljos: Ich bitte um Arbeit in der Sowjetunion. Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre. Berlin: Ch. Links Verlag 2003, 189 Seiten, 22,90 Euro.

Die vorliegende Publikation ist die für den deutschen Markt bzw. für den deutschen Leser überarbeitete Studie des Autors, die unter dem Titel „Kleine Leute' und ‚Große Politik'. Ausländer des Moskauer Elektrowerkes in der sowjetischen Gesellschaft der zwanziger und dreißiger Jahre“ im Jahr 2000 in Moskau erschien. Sie widmet sich dem bis auf wenige Ausnahmen (zum Beispiel Wilhelm Mensing und Gerhard Kaiser) noch weitestgehend unerforschten Thema der deutschen Spezialisten und Wirtschaftsemigranten in der Sowjetunion der Vorkriegszeit.

In seinem Buch zeichnet der Historiker Shurawljos auf der Grundlage intensiver Recherchen in Archiven der russischen Hauptstadt die Geschichte der „deutschen Rußlandfahrer“ am Exempel des Moskauer Elektrokombinats nach. Sie beginnt mit Wirtschaftsspionage. Da es in Rußland keine Glühlampenproduktion gab, versuchte der sowjetische Geheimdienst, im Ausland Informationen über die Herstellung des Wolframglühfadens in Deutschland zu erhalten. Fündig wurde er durch Vermittlung des Militärapparates der KPD ab Ende 1922 bei den Berliner Firmen AEG und Osram. Ein Teil der Mitarbeiter beider Unternehmen – alle KPD-Mitglieder –, die Unterlagen, Materialien und Produktmuster lieferten, kamen in den folgenden Jahren, wenn vorhanden, mit Familie, nach Sowjetrußland und bildeten den Grundstock der „deutschen Kolonie“ am 1927 durch die Zusammenlegung verschiedener Betriebe gegründeten Moskauer Elektrokombinat. Eine systematische Anwerbung ausländischer Facharbeiter und Spezialisten – neben Deutschen und Österreichern auch viele US-Bürger – erfolgte aber erst mit dem Beginn der Fünfjahrplanentwicklung der UdSSR-Volkswirtschaft Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre. 1932 waren schließlich 139 Wirtschaftsemigranten und einige politische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich im Kombinat tätig. Sie stellten damit rund achtzig Prozent der Ausländer in diesem sowjetischen Industrieunternehmen.

Durch die dichte Überlieferung des Werkarchivs kann Shurawljos hinsichtlich der Wirtschaftsemigranten ausführlich sozialgeschichtliche Aspekte behandeln. Er gewährt einen facettenreichen Einblick in den oft entbehrvollen Alltag ganzer Großfamilien, wie zum Beispiel des Schweißers Bernhard Zints mit acht Personen und des Rundschleifers Alfons Hut mit sieben Personen. Detailliert beschreibt der Autor da-

bei verschiedene problembelastete Aspekte der Arbeits- und Lebenswelt (Lohn, Normen, Neuererwesen, Wohnraumfragen, Versorgung mit Lebensmitteln und Zusammenarbeit mit den sowjetischen Kollegen), mit denen ausländische Werktätige im Moskau der dreißiger Jahre konfrontiert waren.

Interessante Einblicke vermittelt er außerdem zu den vielfältigen politischen Aktivitäten und Integrationsbemühungen sowie der Freizeitgestaltung. Hierbei sind insbesondere die Ausführungen zum deutschen Klub in Moskau hervorzuheben.

Die Rückkehrbewegung der deutschen Wirtschaftsemigranten und Vertragsarbeiter setzte bereits ab 1933 ein. Zunehmend enttäuscht von der realsozialistischen Wirklichkeit und nachdem sich die Chance auf einen Arbeitsplatz in der Heimat erhöht hatte, gaben viele deutsche Kombinatangehörige dem NS-Staat und nicht Stalins Sowjetunion den Vorzug, wobei sie oft auch eine drohende Verhaftung in Kauf nahmen. Das Auslaufen und eine abschlägige Entscheidung bei der Verlängerung der Kontrakte oder die Ausweisung aus der Sowjetunion taten ein übriges zur Dezimierung der gesamten Ausländerkolonie im Elektrokombinat. Die in Hochzeiten mehr als zweihundert Personen umfassende Gruppe (ohne Familienmitglieder) schmolz in den Folgejahren auf zwanzig bis dreißig zusammen. Ihre endgültige Liquidierung fand in den Jahren des „Großen Terrors“ 1937/38 statt. Von der Verhaftungsorgie des NKWD waren alle deutschen Betriebsangehörigen, so auch die emigrierten Wirtschaftsspione, die nicht unwesentlich zur schnellen Entwicklung der sowjetischen Elektroindustrie beigetragen hatten, betroffen. Ihren Leidensweg und den ihrer Familienangehörigen durch Untersuchungsgefängnisse, Zwangsarbeitslager und Verbannungsorte schildert der Autor vorwiegend anhand von

Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der russischen Föderation.

Hervorhebenswert an der gesamten Publikation ist, daß Shurawljos das Thema der deutschen Facharbeiter und Spezialisten im „Vaterland aller Werktätigen“ in die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse der Sowjetunion und in die Ausländerpolitik der KPdSU(B) einordnet. Der biographische Ansatz der Darstellung erschließt den Forschungsgegenstand für eine weitgefächerte Leserschaft. Hilfestellung gewährt auch ein vierzigseitiger Anhang mit Anmerkungsapparat, Abkürzungsverzeichnis, Personenregister und Glossar, welches merkwürdigerweise auch Eintragungen wie „Interbrigaden“ und „Kinderheim Nr. 6“, enthält die im Textteil nicht vorkommen.

Als Mangel empfindet es der Rezensent, daß dem Werk kein Vorwort und keine Erläuterung zu den benutzten Quellen vorangestellt ist. In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß bis auf vier zitierte Titel der im deutschen Sprachraum vorliegende Forschungsstand unberücksichtigt bleibt. Einer gründlicheren Bearbeitung durch die deutsche Seite wäre auch nicht entgangen, daß der KPD-Funktionär Albert Kunz im Manuskript zweimal unter dem Familiennamen Künz firmiert.

Peter Erler

Behrens, Alexander: Johannes R. Becher. Eine politische Biographie. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2003, 356 Seiten, 26,90 Euro.

Was ist eine „politische Biographie“? Biographie eines Politikers? Oder Lebensgeschichte durch die politische Brille? Oder gar ein Zugriff der Politik auf eine Biographie wie Johannes R. Bechers „Biographie“ Walter Ulbrichts *Ein deutscher Arbeitersohn*, die – nächst seinen Stalin-Hymnen – seine schämlichste Hinterlassenschaft darstellt? Ulbricht quittierte diese mit einem Nachruf auf Becher als „größten deutschen Dichter der neuesten Zeit“. Johannes Bobrowski hingegen nannte ihn den „größten toten Dichter bei Lebzeiten“, was der Wahrheit wesentlich näher kam. Wahrscheinlich deshalb hat sich eine „poetische Biographie“ Bechers bisher erübrigt, obwohl sie zu wünschen wäre.

So aber hat Becher noch einmal eine politische Biographie bekommen, nach Michael Rohrwassers *Weg nach oben*, einer Darstellung von Bechers „Politiken des Schreibens“, und Jens-Fietje Dwarß' *Abgrund des Widerspruchs. Das Leben des Johannes R. Becher*, einer Kritik seines stalinistischen Sündenfalls aus der Feder eines verspäteten Leninisten. Schade, denn wer sich noch einmal an diese heillose Biographie setzt, könnte getrost auf Untertitel verzichten, die eine rundum – menschlich, politisch und poetisch – gescheiterte Lebensbilanz auf verschiedene Konten verteilen. Becher selbst hat das klarer verstanden als seine politischen Biographen, wenn er als 65jähriger 1956 in seinem – erst 1988 veröffentlichten – Teilmanuskript *Das poetische Prinzip* bekannte, er habe auch als Dichter das Thema verfehlt, das er als Politiker nicht zu berühren wagte: die unerhörten Menschenopfer des Systems, dem er gedient und den Weg in Deutschland bereitet hatte. Als „Grundirrtum meines Lebens“ bestimmte er die

„Annahme, daß der Sozialismus die menschlichen Tragödien beende und das Ende der menschlichen Tragik selbst bedeute. [...] Wer vom Sozialismus träumt und schwärmt als von einem Erdenparadies und einem Glück für alle, der wird furchtbar belehrt werden in dem Sinne, daß die sozialistische Ordnung ganze Menschen hervorbringt, die aufs Ganze gehen, wenn auch nicht unter Anwendung der barbarischen Mittel der Vorzeit, aber auch diese bleiben noch eine Zeitlang in Gebrauch, wie es gerade in letzter Zeit bewiesen wurde, und dadurch, daß sich ihrer Sozialisten bedienten, übertreffen sie in ihrer Barbarei noch die vordem gebräuchlichsten.“

Das war geschrieben nach Chruschtschows Abrechnung mit Stalin, aber vor der Rückkehr des Stalinismus in die DDR mit den Prozessen gegen Wolfgang Harich und Walter Janka und der Kampagne gegen Ernst Bloch, Hans Mayer und Georg Lukács, der sich Becher erneut unterwarf. „Während der letzten wachen Monate seines Lebens“, so resümiert Behrens leider treffend das Ende seiner politischen Biographie, „arbeitete er, sofern es die Krankheit erlaubte, an einer Biographie über seinen Peiniger Ulbricht, über die man besser den Mantel des Vergessens breitet.“ Besser nicht, denn sie ist Teil des nicht nur politischen Problems, dem sich jeder Biograph Bechers stellen muß. Auch Behrens hat nicht das letzte Wort dazu gesprochen, wenn er die Urteile von Zeitgenossen über Becher – „Kaisergeburtstagsdichter der Komintern“ (Buber-Neumann) oder „Glücksfall als Kulturminister“ (Hans Mayer) – Revue passieren läßt und allen beiden recht gibt: Becher als „Politiker ohne politischen Instinkt [...], der ein Opportunist, aber moralisch trotzdem nicht völlig verdorben war. [...] Wäre Johannes R. Becher als Kulturfunktionär weniger erfolgreich gewesen und dafür bornierter, als deutscher Nationalist weniger emphatisch

und mehr Heuchler, kurz gröber und primitiver wie so viele andere: man hätte weniger von ihm erwartet, ihn abgeschrieben, beiseite gelegt und in Ruhe gelassen. So aber bleibt etwas Rätselhaftes und Zwiespältiges an seinem Erfolg und Scheitern haften.“

Wohl wahr, aber auch nach diesem Buch, das für Bechers Lebensweg eine politische Deutung sucht: Als den Weg „auch anderer Intellektueller aus dem Bürgertum“, die „wie er im Dunkel unsicherer Zeiten Zuflucht gesucht haben bei einer der politischen Religionen des vergangenen Zeitalters.“ Gerade das aber wäre zu belegen aus dem persönlichen Lebensgang und dem Werk des Dichters, die Behrens zwar nicht ausblendet, zu denen er aber auch nichts Neues beizutragen hat. Seine Biographie Bechers folgt den Windungen und Wendungen seines politischen Lebens in einer zuverlässigen und detailreichen Darstellung, um sie als „paradigmatisch für die Biographie des modernen Intellektuellen“ (Klappentext des Verlags) zu erklären. Das mag sogar noch für einen Antipoden wie Gottfried Benn gelten – dem Becher einen poetischen Nachruf gewidmet hat –, aber für die Biographie „des“ modernen Intellektuellen ist sie alles andere als paradigmatisch: Das hätten sich Bechers Zeitgenossen von Thomas Mann bis Manès Sperber, Elias Canetti und Hans Sahl durchaus und mit Recht verboten. Der Fall Becher bleibt – auch als politische Biographie – ein ganz persönlicher, ja monströser Fall, der nur wenig zum Paradigma taugt.

Hannes Schwenger

Schiller, Dieter: Der verweigerte Dialog. Zum Verhältnis von Parteiführung der SED und Schriftstellern im Krisenjahr 1956. Berlin: Karl Dietz Verlag 2003, 240 Seiten, 19,90 Euro.

Wahrscheinlich verstößt es gegen die Zunftregeln der Historiker, wenn Beteiligte Geschichte schreiben. Aber abgesehen davon, daß auch historische Forschung nicht ohne eigenes Interesse – eine andere Art der Beteiligung – fruchtbar wird, was sie übrigens nur allzuoft verschweigt: Es gibt Beispiele genug, daß gerade Beteiligte das Bedürfnis und die Fähigkeit besitzen, die selbsterlebte Vergangenheit mit kritischem Abstand erneut zu befragen. Wenn sie sich dabei an die Spielregeln wissenschaftlicher Arbeit halten, kann ihr Erfahrungswissen und ihre Nähe zu den Quellen gute Dienste leisten.

Ein solches Beispiel gibt Dieter Schillers Studie zur Kulturkonferenz der SED 1957 – „alles aus den Quellen, in mehr als fünfjähriger Archivarbeit“, wie er eingangs versichert – als den leider gelungenen „Versuch einer politisch-ideologischen Disziplinierung der Intelligenz“ im Krisenjahr nach dem XX. Parteitag, dem Ungarnaufstand und dem konfliktreichen Kongreß Junger Künstler 1956. Schiller ist aus Joachim Walthers *Sicherungsbereich Literatur* als IM „Kurt“ an der Humboldt-Universität bekannt, der dem MfS in den fünfziger und sechziger Jahren über Kollegen wie Dieter Schlenstedt und andere berichtete und von der Stasi erst 1981 ausgemustert wurde, weil er ihre hochgeschraubten Erwartungen nicht mehr erfüllte. Ganz offensichtlich hat auch die SED die seinigen nicht mehr erfüllt, wenn er die damaligen Ereignisse an den „Anfang meines politischen Lebens“ rückt und verspricht: „Deshalb bestimmt sicherlich ein kritischer Blick auf eigene Erfahrungen, Entscheidungen, aber auch auf eigene Fehlentschei-

dungen und Enttäuschungen, kurz: auf die damaligen Bedingungen meines Denkens und Handelns, die Akzente der Darstellung mit.“

Enttäuscht hat ihn beispielsweise Hans Koch – vormals ZK-Mitglied und Mitglied der Kulturkommission beim Politbüro –, der ihn bei seinen Nachfragen irreführte: Die Kulturkonferenz von 1957 sei für die Kulturpolitik „nicht sonderlich wichtig“ und „für die weitere Entwicklung ohne wesentliche Bedeutung“ gewesen. Das habe ihn schon Ende der siebziger Jahre stutzig gemacht, da das Protokoll der Konferenz unterdrückt und durch zwei Broschüren mit einer Auswahl von Diskussionsbeiträgen ersetzt worden war. Aber auch diese „wenigen veröffentlichten Diskussionsbeiträge legten eine andere Deutung nahe. Bis ich die Kulturkonferenz als den Versuch einer politisch-ideologischen Disziplinierung der Intelligenz zu interpretieren lernte, brauchte es allerdings noch Jahre, vor allem aber den Zugang zur stenografischen Niederschrift des Protokolls“, der freilich erst nach der – Schiller schreibt „sogenannten“ – Wende von 1989 möglich geworden sei.

Ebenso enttäuscht haben muß ihn Kurt Barthel (KuBa), über dessen Lyrik er seinerzeit promoviert hat und der ihm nun in der Vorgeschichte der Kulturkonferenz – zum Beispiel seinen Beiträgen zum Kongreß Junger Künstler – als autoritärer Scharfmacher erscheint: „Der Jugend, die heute den größten Dreck fresse, verkündete er mit höchst autoritärer Geste, müsse das Beste angeboten werden, ‚solange, bis es ihr schmeckt.‘ [...] Nicht das Klondike der Anfänge des Aufbaus von Schwarze Pumpe sei die Wahrheit, sondern die Wahrheit liege darin, daß dieses Klondike verschwindet und der sauberen sozialistischen Stadt von heute weicht – dem neuen StalinStadt zum Beispiel, das freilich bald in Eisenhüttenstadt umbenannt werden sollte.“ Die Forderung junger

Autoren – zu ihren Sprechern hatten sich Manfred Bieler, Jens Gerlach, Heinz Kahlau und Manfred Streubel gemacht – nach Wahrhaftigkeit in Politik und Literatur denunzierte er als „Jammerparade“, und Konrad Wolf legte sogar mit dem nahezu tödlichen Vorwurf des „Antisowjetismus“ nach. Es war das Vorspiel nicht nur zur Kulturkonferenz von 1957, sondern auch zum 11. Plenum 1965, auf dem Erich Honecker die DDR parteioffiziell zum „sauberen Staat“ erklärte, in dem es „unverrückbare Maßstäbe der Ethik und Moral, für Anstand und gute Sitte“ gebe. Auch dort hieß es über Künstler der DDR: „Im Namen einer ‚abstrakten‘ Wahrheit konzentrieren sich diese Künstler auf die Darstellung von angeblichen Mängeln und Fehlern in der Deutschen Demokratischen Republik.“ Und das Schlußwort sprach noch einmal Walter Ulbricht: „Ist es jetzt allen klar, frage ich, daß es nicht um Literatur geht und auch nicht um höhere Philosophie, sondern um einen politischen Kampf zwischen zwei Systemen? [...] Also worum geht es? Um die Gewährung der Freiheiten in der DDR, die in der bürgerlichen Gesellschaft des Westens üblich sind. Aber wir haben viel weitergehende Freiheiten; wir haben nur keine Freiheit für Verrückte, sonst haben wir absolute Freiheiten überall.“ (Zuruf von Kurt Hager: „Aber nicht für solche Konterrevolutionäre!“) Da hatte er die „höhere Philosophie“ der DDR bereits ins Zuchthaus gesteckt (Wolfgang Harich), ins Exil getrieben (Ernst Bloch) und Manfred Bielers jüngstes Buch und Drehbuch (*Das Kaninchen bin ich*) soeben verbieten lassen. Die Spur – da irrt Schiller nicht – führt zurück zur Kulturkonferenz 1957.

Schon dort war einer der Hauptredner Kurt Hager, der die „geistigen Urheber der Konterrevolution“ in Polen und Ungarn dingfest machte und die kritischen Autoren der DDR mit dem „Petöfi-

Kreis“ in Budapest verglich. Das Hauptreferat hielt Alexander Abusch, alsbald Nachfolger Johannes R. Bechers als Kulturminister. Nacheinander mußten die führenden Intellektuellen der DDR mit „selbstkritischen Bekenntnissen und demonstrativen Rechtfertigungen“ (Schiller) vor das Parteiforum treten und sich öffentlich zerknirscht geben. Nicht jeder war dazu bereit, wie gerade die unveröffentlichten Diskussionsbeiträge – zum Beispiel von Heinar Kipphardt und Kurt Stern, der sich eine Replik an KuBa nicht verkneifen konnte – zeigen. Bodo Uhse wagte sich nur in seinem Tagebuch die Schwierigkeiten einzugestehen – so Dieter Schiller –, „seinen Auftritt auf der Kulturkonferenz im gewünschten Sinne zu absolvieren. Als Chefredakteur der Kulturbund-Zeitschrift *Aufbau* wußte er, daß er reden mußte, um sich wenigstens teilweise zu rehabilitieren. Aber er notiert verstört, bei der Arbeit an einem solchen Beitrag komme es ihm vor, als ginge er ‚im Kreis um die Dinge herum und finde keinen Zugang zu ihnen.’“

Das ging den Regisseuren der Konferenz nicht anders. Auch sie hatten verstanden, daß „viele Schriftsteller und Künstler die Maßnahmen von Partei und Regierung nur von ihrem persönlichen Interesse her beurteilten“ und „große Teile der künstlerischen Intelligenz unsicher sind, sich zurückhalten und eindeutige Meinungsäußerungen vermeiden. [...] So gab man sich zufrieden mit den Demutsgesten oder dem, was sich so interpretieren ließ, und ließ die Mehrzahl der Diskussionsreden im Aktenschrank versauern.“ Dieter Schiller hat sie dort hervorgeholt – aber zu welchem Ende? Die nächste Etappe hieß Bitterfelder Weg, ein nach Schillers Urteil „besser durchdachtes und konsistentes, wenn auch höchst einseitiges Programm einer grundlegenden Veränderung des Bewußtseins und der Lebensweise breiter Bevölkerungskreise mittels

kultureller Aktivitäten. [...] Die Kulturkonferenz hatte den Boden dafür bereitet. Leider hat sie dabei auch viel nützliches Pflanzenwerk gerodet und langwirkendes Gift gestreut – nicht gerade zum Besten der erhofften und erstrebten sozialistischen Kultur.“ Man ahnt: Dieter Schiller hat mitgehofft. Sein Buch heißt „Der verweigerte Dialog“. Treffender wäre: „Verlorene Illusionen“.

Hannes Schwenger

Wolff, Franca: Glasnost erst kurz vor Sendeschluss. Die letzten Jahre des DDR-Fernsehens (1985–1989/90). Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2002, 320 S., 29,90Euro.

Nicht erst kurz vor Sendeschluß, doch jenseits der ersten Hälfte dringt dieses Buch zum seinem erwählten Thema vor. Zuvor steht eine sehr lange Einleitungskurve über die DDR als Teil des Sowjetsystems, die DDR in der Ära Honecker und das Fernsehen der DDR als Massenmedium im „Wandel der Zeit“. Nahezu zwangsläufig folgt aus dieser gewählten Struktur, daß Franca Wolff an vielen Stellen des Werkes ihre anfänglichen Aussagen reproduziert. Hinzu kommt jene von ihr unternommene Einordnung in eine sozial- und kommunikationswissenschaftliche Sichtweise, deren Sinn für die Klärung des Themas sich nur dadurch erklärt, daß es sich bei dem Werk um eine Dissertation am Institut für Publizistik der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz handelt. Es ließe sich trefflich streiten, ob die Betrachtung des DDR-Fernsehens aus systemtheoretischer Perspektive tatsächlich sinnvoll ist und ob die angeführten kommunikationswissenschaftlichen Binsenweisheiten wirklich Wesentliches zum Verständnis des Staatsfernsehens überhaupt und in seinen letzten Jahren beitragen. So verwundert es nicht, daß der kommunikationswissenschaftliche Anspruch zwar eingangs postuliert, im folgenden aber nicht durchgehalten werden kann. Franca Wolff erklärt ihr Thema eher historisch-politologisch und ist damit wohl auch näher an der Realität. Ein Blick in die Literaturliste stützt diesen Eindruck. Die Autorin hat demnach fleißig im Bundesarchiv und im Deutschen Rundfunkarchiv recherchiert. Als Wegweiser zu den geeigneten Aktenstücken machte sie sich zudem die Erinnerungen ehemaliger Mitarbeiter des DDR-Fernsehens zunutze. So bilden

die Beispiele aus den Memoiren Erich Selbmanns, ehemals Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Fernsehen und Leiter des Bereiches Dramatische Kunst, erkennbar Fixpunkte des Hauptkapitels des Buches.

Die entscheidenden Spezifika des DDR-Fernsehens sind, wie auch schon von anderen Autoren, genau herausgearbeitet worden. So erscheint das Massenmedium als staatstragender Apparat, der unter genauester Kontrolle zum dienstbeflissenen Parteifernsehen mutiert ist. In diesem Apparat sind Tausende hochqualifizierter Leute tätig, von denen ein großer Teil den parteipolitischen Vorgaben innerlich kaum noch folgen mag. Am Antlitz des Programms ändert sich jedoch nichts. Viele Macher lebten mit der Gespaltenheit, gegen ihre innere Überzeugung täglich parteikonforme Sendungen in professioneller Qualität zu produzieren. Warum Wolff ernsthaft meint, die Fernsehmacher hätten unter diesen Umständen ihre Fähigkeit zur Eigeninitiative verloren, ist angesichts des Programms nach dem Oktober 1989 völlig unverständlich. Es war doch offensichtlich (und gerade das ist erstaunlich), daß viele Mitarbeiter sich zwar spät, aber schlagartig auf eine freie Berichterstattung umstellen konnten und die rasanten gesellschaftlichen Veränderungen begleiteten. Entscheidend für diese Wandlung war das von Wolff richtig benannte Machtvakuum der Zeit von November 1989 bis zu den Wahlen im März 1990. Dieser Umstand selten freier Berichterstattung wäre ein dankbarer Gegenstand kommunikationswissenschaftlicher Untersuchungen. Was da ab Herbst 1989 auf dem Sender war, erzielte, wie Franca Wolff anhand von vielen Zuschauerzahlen nachweist, eine hohe Sehbeteiligung. Wer im DDR-Fernsehen der Vorreiter von „Glasnost“ in der Berichterstattung wurde, dazu hat die Autorin klare Vorstellungen. Es mag zumindest in der zeitlichen Abfolge richtig

sein, daß das Jugend-Programm „elf99“ diese Rolle im Wandel der Berichterstattung des Fernsehens übernahm. Warum das ausgerechnet in dieser Sendereihe so war, erfahren wir nicht. Wolff strickt an dieser Stelle ohne Not mit an dem weitverbreiteten Mythos der Jugendreihe als medialen „Motors der Wende“. Bei genauer Betrachtung würde eher ein, sicher nicht singuläres, Beispiel für eine besondere Wendehäufigkeit zutage treten. Hohe Sehbeteiligungen können in so einem Fall wenig über Qualität des Programms aussagen. Der Hunger nach Information war in dieser Zeit derart enorm, daß auf jedes Angebot, auch des eigenen Fernsehens, gern zurückgegriffen wurde.

Zur profiliertesten publizistischen Reihe mit einer hohen Beitragsdichte und hohen Quoten wurde die Feature- und Magazinredaktion „Klartext“, von der allein schon eine Titelliste Auskunft sowohl über die gesellschaftspolitischen Entwicklungen als auch über Engagement und Professionalität der Journalisten gibt, die, im Gegensatz zur politischen Führung, nicht sprachlos waren, wie Wolff meint, sondern durch Eigeninitiative Themen recherchierten und die Reihe „Klartext“ auf den Sender brachten. Wie sehr der geistige Wandel unter den Fernsehmitarbeitern seit Mitte der achtziger Jahre unter dem Eindruck der politischen Veränderungen in der UdSSR um sich griff, andererseits an den hergebrachten Formen der Informationspolitik festgehalten wurde, das kann die Autorin anhand von zahlreichen Dokumenten der SED-Parteileitung des DDR-Fernsehens überzeugend nachweisen. In der Fülle von Beispielen, mit denen Franca Wolff die rasante Umbruchphase des riesigen Apparates beschreibt, sind solch fehlerhafte Angaben wie 1989, statt richtig 1988, für jene bekannte Luxemburg/Liebknecht-Demonstration mit den ihr folgenden Verhaftungen, vermeidbare Ärgernisse. Sie

schmälern jedoch nicht ernsthaft das Verdienst der Darstellung dieses sehr komplexen gesellschaftlichen Umbruchs am Beispiel eines Massenmediums in der End- und Umbruchphase einer untergehenden und sich neu formierenden Gesellschaft.

Tobias Voigt

Lapp, Peter Joachim: General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller – Eine deutsche Karriere. Berlin: Ch. Links Verlag 2003, 300 Seiten, 24,90 Euro.

Lange vor den Geheimtreffen zwischen Franz Josef Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski unterhielt bereits ein anderer CSU-Politiker heimliche Kontakte zu einem Spitzenfunktionär der DDR. Mitten im Kalten Krieg im Jahr 1955 reiste der damalige Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU) nach Ost-Berlin, um sich mit dem Stabschef der Kasernierten Volkspolizei (KVP), Vincenz Müller, zu treffen. Ein Jahr später, Müller war unterdessen zum Stabschef der neu gegründeten Nationalen Volksarmee und stellvertretenden Verteidigungsminister der DDR aufgestiegen, kam es zu einer weiteren Begegnung mit Schäffer. Es ging dabei um Sondierungen über die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten.

Peter Joachim Lapp geht in seiner Darstellung dieser für damalige Verhältnisse sensationellen Episode auf den Grund. Lapp beschäftigt sich seit Jahren mit der ungewöhnlichen Lebensgeschichte von Vincenz Müller, der als Militär nacheinander unter dem Kaiser, dem Reichspräsidenten, dem Führer sowie unter DDR-Präsident Wilhelm Pieck gedient hat. Vincenz Müller der als junger Frontoffizier am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, machte in der Weimarer Republik seine zweite militärische Karriere. Anfang der dreißiger

Jahre arbeitete er in der politischen Abteilung des Reichswehr-Ministeriums. Sein Chef, der spätere Reichskanzler Kurt von Schleicher, wurde Patenonkel seines einzigen Sohnes. Nach Hitlers Machtergreifung konspirierte Müller zeitweise mit Hitler-Gegnern im Offizierskorps.

Im Zweiten Weltkrieg brachte er es zum Generalstabschef der 17. Armee, die in der Ukraine und im Kaukasus kämpfte. Dort unterschrieb Müller unter anderem Befehle zur Einrichtung von Konzentrationslagern für russische Gefangene und zur Tötung von gefangenen Partisanen. Auch kooperierte er mit der SS, die in seinem militärischen Verantwortungsbereich Morde an Juden beging. Im Juli 1944 ordnete Müller in aussichtsloser Situation die Kapitulation seiner Armee an. Bald nach der Gefangennahme trat er dem „Nationalkomitee freies Deutschland“ bei, das von der Moskauer Exil-KPD als Auffangbecken für kooperationswillige Gefangene gegründet worden war. Nach einer knapp vierjährigen Umerziehung in sowjetischer Gefangenschaft kehrte Müller in die Sowjetische Besatzungszone zurück, wo er alsbald beim Aufbau der Volkspolizei eine entscheidende Rolle spielte. Trotz seiner herausgehobenen Stellung – 1952 wurde Müller zum stellvertretenden DDR-Innenminister ernannt – unterhielt er Kontakte zu ehemaligen Wehrmacht Kameraden in Westdeutschland, was freilich dem damaligen hypernationalistischen Kurs der SED durchaus nicht widersprach. Unter Müllers alten Kameraden befand sich auch ein früherer Oberst, der ihn im Auftrag eines westlichen Geheimdienstes in Ost-Berlin besuchte.

Vincenz Müller gehörte der NDPD an und zog 1954 für sie in die Volkskammer ein. Walter Ulbricht erhielt damals einen „Geheimbericht“ aus der SED-Parteiorganisation über negative Stimmungen in der Kasernierten Volkspoli-

zei. „Ein Teil der Offiziere und Soldaten, keineswegs Einzelfälle“ hätten sich gegen die Kandidatur ehemaliger Generale und Offiziere der „Hitlerwehrmacht“ ausgesprochen. Ein Volkspolizist wurde mit den Worten zitiert: „Ich bin nicht einverstanden mit den Kandidaten General Müller und Oberst Adam, weil sie faschistische Offiziere waren und als Kriegsverbrecher anzusprechen sind. Deshalb sind sie es nicht wert, in die Volkskammer gewählt zu werden.“ Wäre Müller in amerikanischer Gefangenschaft geraten, hätte er dort seine „Reeducation“ durchlaufen und sich hernach als Vertreter einer Partei um eine Position im Bundestag beworben, so entspräche die Argumentation des Volkspolizisten deckungsgleich der SED-Propaganda. Doch im Falle der eigenen Wiederverwendung ehemaliger Funktionsträger des Dritten Reiches, entschied sich die SED pragmatisch für den Sachverstand des Militärfachmannes Vincenz Müller und gegen die reine Gesinnung der einfachen Männer im KVP-Dienst.

Natürlich wurde Müller, wie es sich in der DDR gehörte, von seiner nächsten Umgebung – von seinen Kameraden und Mitarbeitern also – bespitzelt und denunziert. Doch Müller blieb selbstbewußt genug, um sich immer wieder über allerlei kleinliche Schikanen hinwegzusetzen. Sein Vorgesetzter, der KVP-Chef Heinz Hoffmann, ein ehemaliger Spanien-Kämpfer, kam mit dem früheren „Hitler-General“ nur mühsam aus. Lapp beschreibt, wie Müller mehrfach, wenn die Situation ihm zu unerträglich erschien, seinen Rücktritt anbot. Doch der damalige Innenminister Willi Stoph, ein Förderer Müllers, sprang als Vermittler ein und schlichtete den Streit.

Bald nachdem die Nationale Volksarmee auf den Weg gebracht war, hatten die NS-Mohren ihre Schuldigkeit getan. Zu Jahresbeginn 1957 entschied das SED-Politbüro, ehemalige Offiziere,

„die aktiv führend in der Reichswehr und Hitler-Armee tätig waren, z. B. Offiziere des Generalstabs, Kandidaten für den Generalstab, Teilnehmer am Überfall in Spanien“, seien bis Jahresende zu verabschieden. Am 12. Dezember 1957 schließlich beschloß das Politbüro: „Generalleutnant Müller wird zu Beginn des Jahres 1958 von seiner Funktion als Chef des Hauptstabes entbunden und pensioniert.“ Eine besonders ehrenvolle Entlassung erfolgte, wie Lapp schreibt, nicht.

Müller machte sich als Pensionär an seine Memoiren. Staatlicherseits stellte man ihm seinen früheren Adjutanten Heinz Sperling als persönlichen Sekretär und den Militärhistoriker Klaus Mammach als Helfer zur Seite. Sperling war freilich zugleich Inoffizieller Mitarbeiter des MfS und somit ein ständiger Aufpasser und Spitzel in Müllers Pensionärsalltag.

Am 12. Mai 1961 sprang Vincenz Müller vom Balkon seines Ost-Berliner Wohnhauses in den Tod. Seine damalige Lebensgefährtin kann sich bis heute diesen Selbstmord nicht erklären. Außer mit ihr sprach Lapp im Zuge seiner Recherchen, die sich auch in einem vom WDR realisierten Dokumentarfilm niederschlugen, mit Zeitzeugen wie Ulrich de Maizière, der zeitweise Müllers Ordonanzoffizier im Rußlandfeldzug war und es später zum Generalinspekteur der Bundeswehr brachte. Zeugnis abgelegt haben einige Stasi-Spitzel, die auf Müller angesetzt waren, sowie der in solchem Zusammenhang wohl unvermeidliche Markus Wolf. Insofern beschreibt Lapp in seinem ausgezeichnet recherchierten Buch mehr als „eine deutsche Karriere“. Es ist ihm ein Kaleidoskop jener Geschichten gelungen, die sich ereignet haben, wenn die verschiedenen Sorten von „besseren Deutschen“ miteinander ins reine kommen mußten.

Jochen Staadt

Krüger, Dieter/Wagner, Armin (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin: Ch. Links Verlag 2003, 352 S., 21 Abb., Euro 19,90.

Die Literatur über Geheimdienste ist inzwischen schwer zu überschauen und noch schwieriger zu bewerten. Wo stehen ausreichend verifizierte Fakten zur Verfügung, wo ist man mehr oder weniger auf Mutmaßungen angewiesen? Inwieweit kann man sich auf Mitteilungen der Geheimdienste oder ihrer Mitarbeiter verlassen, wann schlagen sie in Legendenbildung oder gar Desinformation um? Sagen wenigsten Akten, wenn sie denn – ausnahmsweise – einmal zur Verfügung stehen, die Wahrheit, oder kann man nicht einmal ihnen glauben? Braucht man überhaupt Geheimdienste, oder sind sie nur eine Art Indianerspiel für Erwachsene und damit reine Geldverschwendung? Fragen über Fragen, aber wo findet man die Antworten?

Die Herausgeber von *Konspiration als Beruf*, Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Potsdam, nähern sich der Problematik mit den Mitteln der Biographie. Sie und ihre Mitautoren stellen elf Persönlichkeiten vor, die in Deutschland nach 1945 geheimdienstlich gearbeitet und eine mehr oder weniger bedeutende Rolle im Kalten Krieg gespielt haben. Sechs von ihnen waren in der DDR tätig, fünf in der Bundesrepublik. Dieses DDR-Übergewicht findet sich auch im Umfang der einzelnen Darstellungen. Mit Ausnahme des BND-Chefs Gehlen werden alle westdeutschen Protagonisten deutlich kürzer porträtiert und gewürdigt als die Tschekisten aus dem Osten. Dies liegt nicht nur daran, daß die Lebensläufe der Kommunisten in der Regel abenteuerlicher verliefen. Es ist sicherlich auch der Quellenlage geschuldet, die nun einmal nach der Öffnung der Partei- und Stasiakten für die DDR besser ist

als in der (alten) Bundesrepublik, wo Akten des BND und des Bundesamts für Verfassungsschutz in der Regel überhaupt nicht zur Verfügung stehen, während andere meist selbst dann Sperrfristen unterliegen, wenn die korrespondierende Überlieferung aus der DDR frei zugänglich ist. Allerdings weisen auch die Lebensläufe der DDR-Geheimdienstler Zaisser, Wollweber, Mielke, Wolf, Linke und Stahlmann manche Lücken auf, die auf die verschlossenen Akten des sowjetischen KGB zurückzuführen sind. Aber selbst der amerikanische CIA gibt, sogar wenn er einen Erfolg erzielt hat wie im Falle des Chefs des NVA-Nachrichtendienstes Karl Linke, auch heute – fast fünfzig Jahre später – die Akten nicht frei. Dabei sind amerikanische Dienste sonst weniger geheimniskrämerisch veranlagt als bundesdeutsche.

Einige Bemerkungen zu einzelnen Aufsätzen: Biographische Neuigkeiten bringt Helmut Müller-Enbergs über Wilhelm Zaisser, der es vom deutschen nationalen Reserveoffizier zum ersten Minister für Staatssicherheit und nach dem 17. Juni 1953 zum Opfer der Ulbrichtschen Machtpolitik gebracht hat. Weitgehend unbekannt ist dagegen Friedrich Wilhelm Heinz, den Susanne Meinel vorstellt. Heinz kam nach dem Ersten Weltkrieg zur Marinebrigade Ehrhardt, geriet in das Geheimdienstmilieu, kommandierte im Zweiten Weltkrieg das zur Abwehr unter Canaris gehörende „Regiment Brandenburg z.b.V.“, gehörte zum Widerstand gegen Hitler und erlebte das Kriegsende im Untergrund in Berlin. Schon einige Monate später handelte er wieder mit Nachrichten, diesmal belieferte er die ehemaligen westlichen Gegner mit Informationen aus der SBZ, auch über Stationierung und Stärken der sowjetischen Armee. Ab 1950 arbeitete der nach seinem Leiter benannte FWH-Dienst für das Bundeskanzleramt, unterlag aber letzt-

lich im Konkurrenzkampf dem größeren und einflußreicheren Gehlen mit seiner „Org“. 1956 stellte der Dienst nach zum Teil undurchsichtigen Wirren – der Chef tauchte ebenso wie kurz vorher Otto John in Ost-Berlin auf – seine Arbeit ein. Man kann darüber streiten, ob Heinz tatsächlich die Bezeichnung „Geheimdienstchef im Kalten Krieg“ verdient oder nicht doch eher dem Typus des Nachrichtenhändlers entsprach, der ja damals nicht selten war.

Auch Richard Stahlmann, einer der legendären Tschekisten des MfS, verdient kaum den Titel „Geheimdienstchef“, selbst wenn er 1952/53 kommissarisch den Außenpolitischen Nachrichtendienst der DDR, den Vorläufer der HVA des MfS, leitete. Der biographische Aufsatz von Matthias Uhl trägt die Überschrift „Ein Handlanger der Weltrevolution im Geheimauftrag der SED“, was wohl mehr seinen intellektuellen Fähigkeiten und seiner tatsächlichen Bedeutung entspricht. Ähnliches gilt, natürlich bei einem eindeutig demokratischen Hintergrund, für den Verfassungsschützer Fritz Tejessy (Autor ist Wolfgang Buschfort), der im Dezember 1949 in Düsseldorf eine aus dem Staatskommissariat zur Bekämpfung von Korruption und Mißwirtschaft hervorgegangene „Informationsstelle“ übernahm, die auch mit nachrichtendienstlichen Methoden arbeitete. Aus dieser Stelle entwickelte sich das Landesamt für Verfassungsschutz, das Tejessy bis zu seiner Pensionierung Ende 1960 leitete. Als Sozialdemokrat der alten Schule richtete er die Stoßkraft seiner Behörde gegen Rechts- und Linksradikale, hier besonders gegen die von der SED abhängige KPD, die unmittelbar nach dem Krieg im Ruhrgebiet einen großen Anhang hatte. Ob man deshalb schon das Landesamt als „Geheimdienst im Kalten Krieg“ bezeichnen kann, erscheint fraglich.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist nur durch seinen ersten Präsidenten

Dr. Otto John vertreten, dem sich sein Biograph Bernd Stöver sozusagen vom Ende her, dem Übertritt des prominenten ehemaligen Widerstandskämpfers am 20. Juli 1954 in den Berliner Ostsektor, nähert. Die Fakten sind seitdem oft genug erörtert worden. Auch Stöver kommt, wie die Strafrichter und die meisten Historiker, zu dem Ergebnis, bei Johns Grenzübertritt habe es sich um eine selbst gewählte Entscheidung gehandelt. Dennoch gibt vor allem die Psyche des von Anfang an umstrittenen und wohl auch in seinem Amt überforderten Präsidenten Rätsel auf. Besonders geprägt hat er die von ihm geleitete Behörde nicht. Unter diesem Aspekt wäre es vielleicht besser gewesen, etwa seinen Nachfolger in den Jahren 1972 bis 1975, Günther Nollau, zumindest auch in das Buch aufzunehmen.

Für den Bundesnachrichtendienst waren dagegen seine beiden ersten Präsidenten sehr prägend. Reinhard Gehlen und sein langjähriger Mitarbeiter und Nachfolger Gerhard Wessel werden vom Mit Herausgeber Dieter Krüger vorgestellt. Damit ergibt sich eine Kontinuität der geheimdienstlichen Arbeit über fast vierzig Jahre, von der Feindaufklärung der Abteilung „Fremde Heere Ost“ im Oberkommando des Heeres, über die Zusammenarbeit mit dem Leiter des Heeresnachrichtendienstes der US-Army seit dem Spätsommer 1945, zu Wiederbelebung und Ausbau der „Fremde Heere Ost“ als Organisation Gehlen ab 1946, finanziert zuerst von den Amerikanern, dann von der Bundesregierung. Diese beschloß im Juli 1955 die Übernahme der „Org.“ in den Bundesdienst. Die neue obere Bundesbehörde mit damals 1 245 Mitarbeitern wurde noch bis zu seiner Pensionierung 1968 von Gehlen geleitet, dem für weitere zehn Jahre sein „Ziehsohn“ Wessel nachfolgte. Das Bild des BND in dieser Zeit wird immer noch von der mehr oder minder erheblichen Verstrickung der

wichtigsten Mitarbeiter in die Politik des Dritten Reiches und von spektakulären Fehlschlägen in der Sacharbeit, wie dem Fall Felfe, bestimmt. Da der Bundesnachrichtendienst bis heute seine Akten grundsätzlich verschlossen hält, stehen neben Indiskretionen, an denen es nie gefehlt hat, vor allem die Memoiren von Gehlen selbst und andere Erinnerungen zur Verfügung. Damit fällt die öffentliche Wahrnehmung des Dienstes möglicherweise negativer aus, als es die Ergebnisse seiner Arbeit rechtfertigen. Daran wird sich wohl erst dann etwas ändern, wenn man sich zu einer großzügigeren Öffnung der eigenen Akten bereit erklärt.

Recht informativ geraten aufgrund der besseren Quellenlage die Biographien von Ernst Wollweber (Autor ist Roger Engelmann), Erich Mielke (Autor Jens Gieseke) und Markus Wolf (Autor Karl Wilhelm Fricke). Insbesondere Fricke bezieht Einzelheiten der Arbeit des Spionagechefs Wolf in seine Darstellung ein, während Gieseke vor allem die politische Wirkung des Stalinisten Mielke, des wichtigsten Mannes in der Geschichte des MfS, berücksichtigt. Wollweber erscheint als Zuchtmeister des Anfang der fünfziger Jahre noch wenig gefestigten Staatssicherheitsdienstes. Überraschen mag manchen Leser, daß er die Westarbeit des MfS forcierte, indem er das Motto ausgab: „Die Chefs 50 % das Gesicht dem Westen zu.“ Ulbricht legte dagegen, nach dem Schock vom 17. Juni, größeren Wert auf die Repression im Innern der DDR.

Jeder biographische Aufsatz enthält neben dem Anmerkungsapparat eine konzentrierte, für weiterführende Studien nützliche Darstellung der vorhandenen Quellen und Literatur. Das Personenregister erschließt den Zugang zu vielen Personen, die neben den Chefs die Geheimdienstarbeit mit beeinflusst oder erlitten haben. Insgesamt kann man den biographischen Ansatz als gelungen be-

zeichnen. In den Geheimdiensten machen noch immer Männer Geschichte(n).

Detlef Kühn